

Algerien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	20
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	24
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	27
Bedrohung von Alliierten	30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	31
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Die Bedeutung deutscher Rüstungslieferungen für Algerien war im internationalen Vergleich lange gering. Seit 2010 haben sich die Rüstungsausfuhren nach Algerien jedoch massiv erhöht. Im Zeitraum von 2019 bis 2023 ist Deutschland sogar der zweitwichtigste Waffenlieferant für Algerien gewesen; hinter Russland und vor China und Frankreich. Dies geht insbesondere auf die Lieferung von zwei Fregatten zurück sowie auf deutsche Zulieferungen für in Algerien in Lizenz endmontierte Fuchs-2-Radpanzer. Letzteres bedeutet auch einen maßgeblichen Technologietransfer, der Algerien dabei hilft, seine nationale Rüstungsindustrie weiter auszubauen. Um den Rüstungsbedarf der Streitkräfte decken zu können, ist das Land allerdings weiterhin auf den Import von Waffensystemen angewiesen. Algerien stellt damit auch einen wichtigen Abnehmer von Rüstungsgütern für Deutschland dar.

Die wichtigste Aufgabe des Heeres ist und war es traditionell, die langen algerischen Landesgrenzen zu Marokko, Tunesien, Libyen, Niger, Mali und Mauretanien zu sichern. Die algerische Armee ist die am besten organisierte Institution des Landes innerhalb der Bevölkerung. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes ist das Militär zudem ein attraktiver Arbeitgeber. Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen große Rolle in der algerischen Politik. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika galt nach Einschätzung vieler Analyst:innen und Kommentator:innen als Marionette des mächtigen Militärapparates. Proteste der algerischen Bevölkerung in der ersten Jahreshälfte 2011 richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Der Präsident konnte dabei auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, der, auch zur Verteidigung eigener Interessen, teilweise brutal gegen Demonstrierende vorgeht. Im Zuge der Proteste, die im Frühjahr 2019 zum Rücktritt Bouteflikas führten, stellte sich das Militär jedoch gegen den langjährigen Präsidenten und unterstützte die Forderungen nach seiner Absetzung. Die unter Tebboune zu Beginn des Jahres 2021 in Kraft getretene und umstrittene neue Verfassung weitet die Rechte der Streitkräfte aus.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Algerien ist neben den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen auch den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Die algerische Verfassung verspricht theoretisch einen hohen Grundrechtsschutz und das Land ist von 2023 bis 2025 bereits zum dritten Mal Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Trotzdem kommt es weiterhin zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren auch im Jahr 2023, dass die algerischen Behörden friedliche Aktivist:innen, Menschenrechtler:innen und Journalist:innen für Kritik am Regime festnehmen und inhaftieren lassen. So habe sich unter Präsident Tebboune die Zerschlagung der Opposition, unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen und Medienanstalten intensiviert. Bislang wurden zudem kaum Bemühungen von der Regierung unternommen, den Verbleib der im Bürgerkrieg Verschwundenen aufzuklären.

Dieser herrschte in Algerien in den 1990er Jahren zwischen der Regierung und islamischen Fundamentalist:innen und äußert sich in einigen Teilen des Landes noch bis heute in bewaffneten Auseinandersetzungen. Neben den Nachwehen des Bürgerkrieges, die bis heute

anhalten, beschäftigt ein weiterer innerer Konflikt das Land, der sich zwischen der Regierung und Imazighen-Stämmen in der Kabylei-Region abspielt. Noch im Sommer 2015 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Araber:innen und Imazighen in der algerischen Provinz Ghardaia, bis die Regierung schließlich die Armee zu Hilfe rief. Neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur fordern die Imazighen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit.

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten wird insbesondere durch die Unterstützung Algeriens für Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. Darunter leidet die gesamte regionale Zusammenarbeit im Maghreb. In Hinblick auf den Militärputsch im Nachbarstaat Niger im Juli 2023 hat Algerien eine mitunter ambivalente Position eingenommen: Während die algerische Regierung den Putsch als solches verurteilt, lehnt sie jedoch jegliche potenzielle Intervention durch die ECOWAS ab, da eine externe militärische Aktion in Niger eine „direkte Bedrohung für Algerien“ sei. Die Lage in Niger ist für Algerien insofern besonders bedeutsam, da, wenn Niger in Unsicherheit und Instabilität versinkt, Algerien hinsichtlich Schmuggel und der Gefahr durch dschihadistische Gruppen betroffen ist.

Algerien ist ein wichtiger Umschlagpunkt für Drogen, insbesondere solche, die von Marokko oder Tunesien aus nach Europa geschmuggelt werden sollen. Insbesondere die langen und porösen Landesgrenzen in Nordafrika begünstigen den Schmuggel und verhindern eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels. Auch Menschenhandel und -schmuggel sind ein großes Problem. Illegaler Waffenhandel beschränkt sich primär auf den Süden des Landes.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

Algerien gehört mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 4.960 US-Dollar (2023) zur Gruppe der Länder mit gehobenem bis mittlerem Einkommen (upper-middle income economy). Auf dem Global Competitiveness Index befand sich Algerien mit 56,3/100 Punkten 2019 im unteren Mittelfeld. Mit einem Wert von 0,745 auf dem Human Development Index (HDI) rangiert Algerien 2022 auf Platz 93 von 193 Staaten; es zählt damit zur Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Die soziale Lage vieler Algerier:innen bleibt jedoch problematisch, insbesondere ist die Arbeitslosigkeit (11,8 %) hoch, vor allem unter jungen Menschen (30,8 %). Gleichzeitig ist Algerien in sehr starkem Maße militarisiert (Rang 14 im aktuellen Global Militarisation Index). Zwar sind Rüstungsexporte nach Algerien auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes derzeit eher nicht als „kritisch“ einzuschätzen, sie sind jedoch auf Basis anderer Kriterien (2, 3 und 7) kritisch zu prüfen.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Funkgeräte und Kommunikationsausrüstung: 93,3%	5,26
2000	Kommunikationsgeräte und -teile: 98,4%	0,2
2001	Tauchgeräte: 92,6%	0,74
2002	Überwachungssysteme mit Multisensorplattformen: 96,8%	10,53
2003	VHF/UHF Sende- und Empfangsgeräte: 87,9%	1,03
2004	Grabenbagger und Teile für Radfahrzeuge: 82,5 %; Teile für Kommunikationsausrüstung: 12,6 %	0,18
2005	Mobiles Feldlazarett: 82,2%	19,03
2006	Teile für Infrarotausrüstung und Überwachungssysteme: 66,5%; Formationsleuchten: 18,9%	1,8
2007	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2008	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Landfahrzeuge: 81,3%	0,51
2009	Sattelzugmaschinen und Teile für Landfahrzeuge: 65,4% Kommunikationsausrüstung und Stromversorgungen: 31,8%	9,0
2010	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 52,0%; Multisensorausrüstung und Teile dafür: 40,6%	19,84
2011	Transportpanzer und Teile für gepanzerten Fahrzeuge, Tarnbeleuchtungen: 98,4 %	217,43
2012	Geländewagen, LKW und Teile für Geländewagen, LKW, Landfahrzeuge: 94,8 %	286,72
2013	LKW, Geländewagen, Materialkits zur Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 94,9%	825,73
2014	LKW und Teile für LKW: 60,5 % Herstellungsausrüstung für Radargeräteteile, Funkgeräteteile, Fahrzeugmontage und Teile für Herstellungsausrüstung: 19,3% Bodenüberwachungsradar, Meridiankreisel und Teile für Bodenüberwachungsradar: 9,5%	163,65
2015	LKW und Teile für LKW: 87,8%	411,41

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	Fregatte und Teile für Fregatte: 52,2% LKW, Geländewagen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 25,1% Torpedos, Flugkörper, Unterwassergranaten, Flugkörperabwehrsysteme und Teile für Torpedos, Bodenausrüstung für Flugkörper: 10,1%	1.418,10
2017	Fregatte und Teile für Fregatte: 41,5% LKW, Geländewagen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 18,4% Bordhubschrauber und Teile für Hubschrauber: 15,2% Torpedos, Flugkörper, Unterwassergranaten, Abfeuerausrüstung, Transportcontainer, Flugkörperwarner, und Teile für Torpedos, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 9,4%	1.358,77
2018	LKW, Transportpanzer [Materialkits] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 87,9%	818,18
2019	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge [Materialkits]: 96,6%	846,63
2020	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 73,5% Bildverstärkerausrüstung, Überwachungsanlagen [Grenzsicherung] und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Überwachungsanlagen [Grenzsicherung]: 13,2%	76,29
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge und LKW: 93,9 %	45,19
2022	Teile für Rohrmaschinenrichtgeräte: 98,1%	0,55
2023	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 77,0% Bodenüberwachungsradar, Prüfausrüstung und Teile für Bodenüberwachungsradar: 22,5%	121,79

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

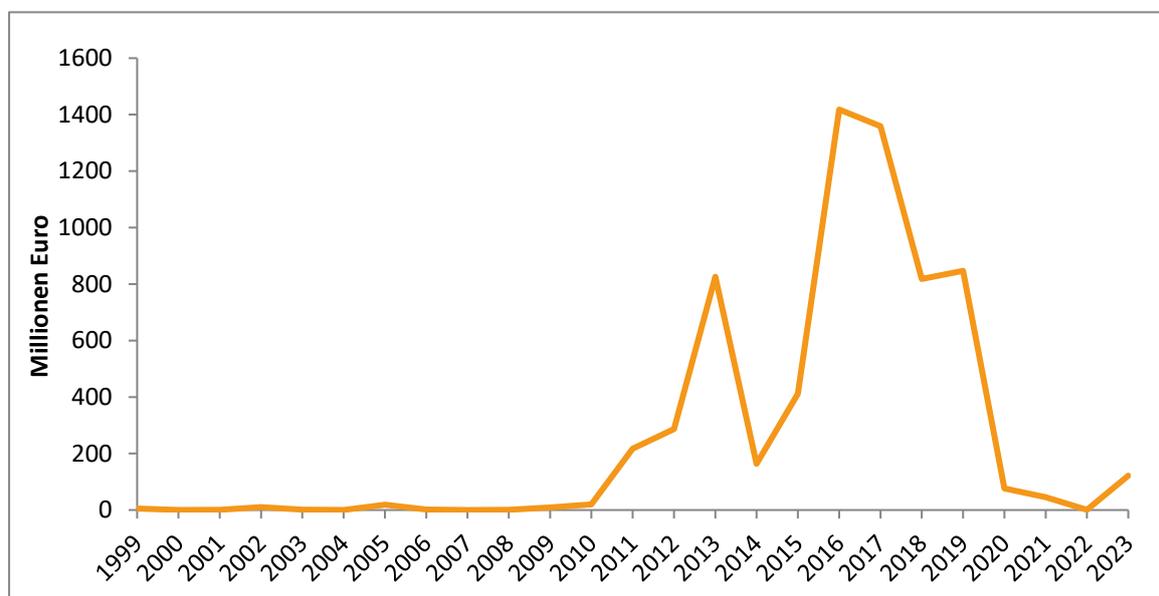
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Algerien 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
9	MTU 20V-538	Dieselmotor	1983	1988-2002	9	Neuwertig
54	Fuchs-2	Gepanzerte Mannschaftstransporter	2011	2013-2014	(54)	Neuwertig
2	MEKO-A200	Fregatte	2012	2016	2	Neuwertig
(12)	MTU 16V1163	Dieselmotor	(2012)	2015-2016	(12)	Neuwertig
926	Fuchs-2	Gepanzerte Mannschaftstransporter	(2014)	2015-2023	(837)	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist lange Zeit kein bedeutender Rüstungslieferant für Algerien gewesen. Seit 2010 haben sich die Rüstungsausfuhren nach Algerien jedoch massiv erhöht. Zunächst genehmigte Deutschland Anfang 2011 den Verkauf von 54 Fuchs-Transportpanzern im Wert von 195 Millionen Euro und erteilte Ausfuhrerlaubnisse für die Lieferung von Geländewagen

und LKW im Wert von 286 Millionen Euro. Im Juni 2014 wurden Vertragsverhandlungen zwischen Algerien und Rheinmetall über ein 2,7 Mrd. Euro-Geschäft bekannt, das die Lieferung von Teilen für über 926 Fuchs-2 Transportpanzer sowie den Bau einer Produktionsstätte zur Montage der Panzer in der nordalgerischen Stadt Ain Smara vorsah. 2015 wurde mit den ersten Zulieferungen begonnen. Bis 2025 werden knapp 1000 Fuchs-Panzer in Algerien endmontiert. Bis einschließlich 2023 wurden bereits Teile für 837 Stück davon nach Algerien geliefert. Branchenberichten zufolge könnten an derselben Produktionsstätte auch Radpanzer vom Typ Boxer in Lizenz produziert werden.

Im März 2012 hat Algerien mit ThyssenKrupp Marine Systems einen Kaufvertrag über die Beschaffung von zwei Fregatten der Meko-Baureihe unterschrieben. Das Geschäft wird auf insgesamt mehr als zwei Milliarden Euro geschätzt. Die Bundesregierung genehmigte zur Absicherung des Geschäfts eine Hermes-Bürgschaft über 2,13 Milliarden Euro. Nach der Auslieferung der ersten Fregatte im Februar 2016, wurde die zweite Fregatte vom Typ Meko A-200ALG im Mai 2017 an die algerische Marine übergeben. Vermutlich beinhaltet die Lieferung auch sechs Super-Lynx Bordhubschrauber. Die deutsche Bundeswehr hat die Ausbildung der algerischen Seeleute bestätigt. Die Kosten in Höhe von zwölf Millionen Euro werden von Algerien übernommen.

Die Genehmigungen der Bundesregierung im Jahr 2021(16 Stück) beliefen sich auf einen Gesamtwert von über 45 Millionen Euro, was im historischen Vergleich relativ niedrig ist. Es wurden 2021 keine Anträge abgelehnt. Auch 2022 wurden mit vier Genehmigungen im Wert von 551.000 Euro nur relativ wenige Ausfuhren nach Algerien genehmigt. 2023 stieg der Genehmigungswert jedoch wieder auf 121,79 Millionen Euro. Deutschland bewilligte hier LKW und Teile für Landfahrzeuge, Bodenüberwachungsradar, Prüfausrüstung und Teile für Bodenüberwachungsradar.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Algerien 2019-2023 Mio. TIV¹

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	167	600	162	313	355	1596

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers>

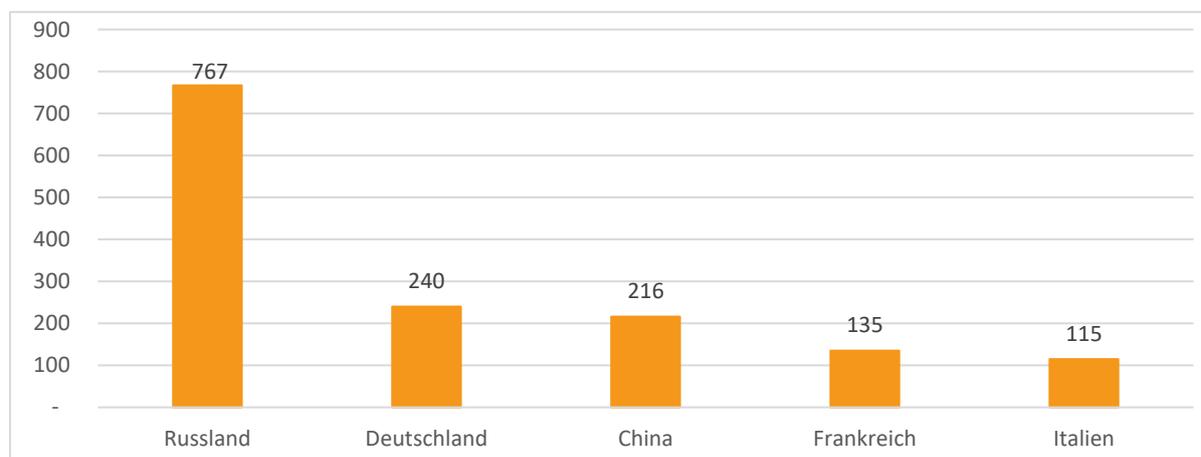
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Algerien 2019-2023, Mio. TIV

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	48	48	48	48	48	240

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2024) nahm Algerien zwischen 2019 und 2023 die 21. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Dabei ist Russland seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 bis heute der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der Streitkräfte. 1993 stammten schätzungsweise 90 Prozent der Waffenbestände aus der ehemaligen Sowjetunion, die vor allem in den 1970er und 1980er Jahren modernste Waffensysteme wie beispielsweise den MiG-25 Abfangjäger oder T-72 Kampfpanzer nach Algerien exportierte. Im Jahr 2023 kamen noch rund 48% der Waffenimporte aus Russland. Im Juni 2014 wurde die russische Admiralty Shipyards von Algerien mit dem Bau von zwei U-Booten der Improved Kilo-Klasse beauftragt. Diese wurden 2018 geliefert. Ende Februar 2014 wurde bekannt, dass Algerien 2013 48 (Kampf-) Hubschrauber (42 Mi-28N/Havoc; 6 Mi-26T2/Halo) für die Luftwaffe bestellte. Diese wurden zwischen 2015 und 2018 geliefert. Der Vertrag im Umfang von 2,7 Milliarden US-Dollar umfasst zudem die Modernisierung 39 weiterer algerischer Helikopter des Typs Mi-8 zum Standard von Mi-8AMTSh-Helikoptern. Zwischen 2015 und 2016 importierte Algerien außerdem eine große Anzahl von T-90S Kampfpanzern (bis zu 200 Stück) aus Russland sowie zwischen 2016 und 2018 14 Su-30MK Mehrzweckkampfflugzeuge, von denen es zwischen 2011 und 2012 bereits 16 Stück gekauft hatte. 2019 orderte Algerien 14 Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29M, von denen bis Ende 2022 acht geliefert wurden. 2022 erhielt Algerien aus Russland zudem 20 Geschütztürme für Schützenpanzer sowie 200 Panzerabwehrraketen. Aufgrund von Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext

milliardenschwerer Waffengeschäfte will sich Algerien jedoch zunehmend um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten bemühen, was sich bereits in den Waffenkäufen der vergangenen Jahre widerspiegelt.

Deutschland war im Zeitraum 2015 bis 2019 drittgrößter, zwischen 2018 und 2022 sogar zweitgrößter Waffenlieferant Algeriens. Dies geht maßgeblich auf die beiden in den Jahren 2016 und 2017 gelieferten Fregatten vom Typ Meko A-200ALG sowie die Zulieferungen für die in Algerien endmontierten Fuchs-2-Transportpanzer zurück.

Frankreich und Italien lieferten in dem Zeitraum 20 FPB-98 Patrouillenboote bzw. drei MCMV-2010 Minenabwehrschiffe. Mit China wurden in den vergangenen Jahren einige Lieferungen vereinbart, darunter unter anderen bis zu 50 Seezielflugkörper (C-802/CSS-N-8) sowie drei Korvetten (C-28A), die 2015 und 2016 geliefert wurden. Seit 2017 wurden zudem je fünf Drohnen des Typs CH-3 (bewaffnet) und CH-4A sowie selbstfahrende Mörser und Mehrfachabschuss-Raketensysteme, vier Luftsuch-Radarsysteme und 100 Panzerabwehrraketen aus China geliefert. 2020 wurde zudem ein Offshore-Patrouillenboot (Pattani) aus China geordert, dessen Lieferung für 2023 geplant ist.

Mit Frankreich vereinbarte Algerien 2018 eine Lieferung von 20 FPB-98 Patrouillenbooten, welche vermutlich zwischen 2019 und 2021 geliefert wurden. Zuvor hatte Algerien bereits 12 von 21 geordneten Patrouillenbooten des gleichen Typs erhalten (zwischen 2010 und 2011). Die Lieferungen seit 2012 aus Frankreich bestanden darüber hinaus aus ASW-Sonaren und Diesel-Motoren (SEMT-Pielstick 16PA-6). Aus Italien bestellte Algerien unter anderem zwischen 2014 und 2019 drei MCMV-2010 Schiffe und sieben Helikopter des Typen AW13.

Militärausgaben

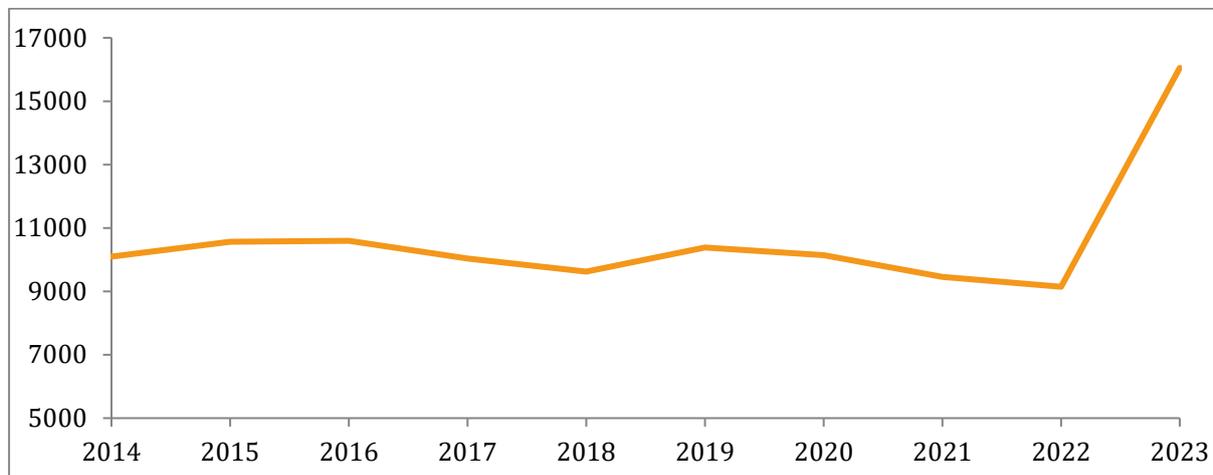
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

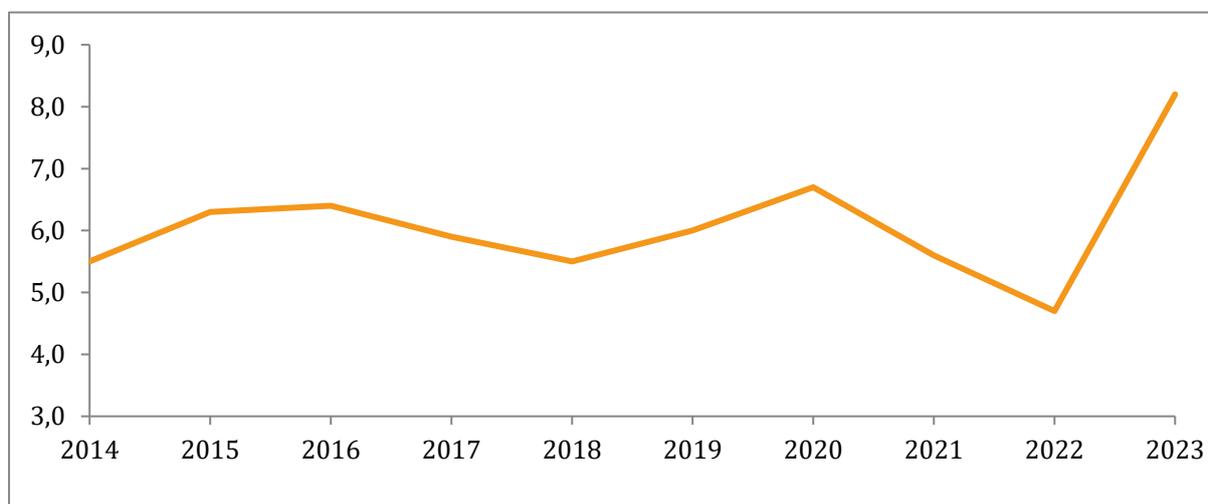
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	10383	10141	9455	9146	16052
Anteil am BIP (in Prozent)	6,0	6,7	5,6	4,7	8,2
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	14,4	15,7	15,0	12,7	19,3

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2022.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Algerien besitzt eine relativ kleine nationale Rüstungsindustrie, die jedoch zu der Wartung bestehender Militärausrüstung in der Lage ist. Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte abdecken zu können, ist das Land daher maßgeblich auf den Import von neuwertigen Waffensystemen angewiesen. Während der 1990er Jahre wurden die größten Fortschritte im

Bereich der Rüstungsproduktion von der Marinewerft im Hafen von Mers-el-Kébir erzielt, wo leichte Kriegsschiffe produziert werden konnten. Seitdem wurden dort insbesondere Boote für die Küstenwache der Kebir-Klasse aus ursprünglich französisch-britischer Produktion in Lizenz hergestellt sowie mit bulgarischer Hilfe die Endfertigung von Djebel Chinoise Korvetten vorgenommen. Darüber hinaus werden Militärlastwagen mit französischer Unterstützung in Lizenz produziert. Im April 1991 hieß es aus Kreisen der US-amerikanischen Nachrichtendienste, Algerien habe mit chinesischer Hilfe eine nukleare Reaktoranlage errichtet, die mittelfristig dazu in der Lage sei, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Die algerische Regierung bestand zwar auf der ausschließlich zivilen und friedlichen Nutzung der Anlage, auf Druck der Vereinigten Staaten willigte sie aber 1992 schließlich in IAEA-Kontrollen ein.

Auch wenn in Algerien bisher vornehmlich gepanzerte Fahrzeuge, Leichtflugzeuge und Patrouillenboote in Lizenz hergestellt werden, hat das Land in den letzten Jahren aber maßgeblich in die eigene Rüstungsindustrie investiert, um deren Aufbau voranzutreiben. Mit einem Präsidialerlass im Jahr 2019 wurde das Entwicklungszentrum EDST gegründet. Es wird vermutet, dass unter dessen Führung vornehmlich Boden-Boden- und Luft-Boden-Waffen entwickelt werden sollen. Im Zuge der vermehrten Investitionen wurden auch einige Joint Ventures mit ausländischen Partnern eingegangen. 2012 wurde bekannt, dass sich die Mechanical Industry Promotion Group des algerischen Verteidigungsministeriums mit der Tawazun Holding (Vereinigte Arabische Emirate) auf ein gemeinsames Unternehmen („NIMR-Algerie Joint Stock Company“) zur Produktion von NIMR Militärfahrzeugen in Algerien geeinigt hat. Auch durch die Lieferung und die Fertigung von deutschen Fuchs-Panzern vor Ort werden die Kapazitäten der algerischen Rüstungsindustrie maßgeblich gefördert. Ein geplantes Joint-Venture Unternehmen zwischen Rheinmetall und MAN übernimmt die Federführung bei diesem Geschäft. Bis 2025 will Algerien mit der Unterstützung deutscher Unternehmen bis zu 980 Fuchs-Radpanzer – und eventuell auch Radpanzer vom Typ Boxer – für den eigenen Gebrauch fertigen. 2016 unterzeichnete das algerische Verteidigungsministerium außerdem eine Industrie- und Handelspartnerschaft mit dem italienischen Unternehmen Leonardo. Dieses sieht die Produktion von drei verschiedenen leichten und mittleren Hubschraubern (Typ AugustaWestland) in Ain Arnat in Algerien vor.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 12 Monate

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

139.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 110.000

Marine: 15.000

Luftwaffe: 14.000

Reserve: 150.000 (Heer)

Paramilitärische Einheiten: ca. 187.200, davon:

Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): 20.000

Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): 16.000

Republikanische Garde: 1.200

Kommunale Verteidigungsgruppen, Selbstverteidigungsmilizen: ca. 150.000

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die algerische Armee gilt als gut organisiert und hat als Institution einen guten Ruf innerhalb der Bevölkerung. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Das algerische Militär hat eine zentrale Rolle gespielt bei der Beendigung der jahrzehntelangen Präsidentschaft von Abd al-Aziz Bouteflika im April 2019 in Folge weitreichender Proteste im Land.

Da die Streitkräfte aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich in den 1950er Jahren hervorgingen, bestanden sie ursprünglich fast ausnahmslos aus leichten, beweglichen Einheiten, die auf Guerillakriegsführung spezialisiert waren. Gegen den Widerstand vieler alter ehemaliger Militärs gelang es dem sozialistischen Präsidenten Boumediene allerdings in den 1960er und 1970er Jahren, nach und nach die Armee zu einer modernen, konventionellen Streitmacht nach dem Vorbild sowjetischer Militärdoktrin umzuwandeln. Während dieser Zeit wurden nicht nur tausende algerische Offizier:innen an sowjetischen Militärakademien ausgebildet, auch die schweren Waffensysteme stammten fast ausnahmslos aus sowjetischer Produktion. Nach einer militärischen Niederlage Algeriens in einem kurzen Grenzkrieg gegen Marokko 1976 wurden die Streitkräfte erheblich vergrößert und aufgerüstet. Im Zuge eines Bürgerkrieges gegen islamistische Gruppierungen nach Ende des Kalten Krieges erfuhr die algerische Armee eine erneute Umstrukturierung. Der Schwerpunkt algerischer Militärstrategie während der 1990er Jahre fußte nun weniger auf der Vorbereitung für eine Landesverteidigung gegen mögliche externe Bedrohungen: Nicht zuletzt die Gründung der Maghreb Union 1989 hatte die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios stark vermindert und machte die Konzentration der Armee auf die Niederschlagung interner Unruhen notwendig. Nachdem sich 2003 und 2004 ein Ende der Gewaltwelle abzuzeichnen begann, wurde allerdings darüber nachgedacht, die Streitkräfte wieder nach konventionellem Muster zu organisieren.

Insgesamt gehören die algerischen Streitkräfte heute zu den fähigsten und den am besten ausgestatteten Armeen in Nordafrika. Die Hauptaufgaben des algerischen Militärs liegen in der Wahrung der territorialen Integrität, inneren Sicherheit und regionalen Stabilität. Algerien ist Teil der „North African Regional Capability Standby Force“ der Afrikanischen Union, deren logistische Basis in Algier ist. Regelmäßige Trainings der Armee entsprechen relativ hohen Standards. Enge Sicherheitskooperationen bestehen vor allem mit Tunesien, die seit langem bestehenden Spannungen mit Marokko führten 2021 jedoch dazu, dass die Anzahl der Grenzsoldat:innen beidseitig erhöht wurden. Angesichts dieser Spannungen erhöhte Algerien zudem die Militärausgaben zuletzt (2023) drastisch.

Bemühungen, das Militär zu professionalisieren, halten an, was sich unter anderem in der Reduzierung der Wehrpflicht von 18 auf 12 Monate im Jahr 2014 gezeigt hat. Neben moderner russischer Militärausrüstung finden sich zunehmend auch chinesische Rüstungsgüter im Besitz der algerischen Streitkräfte wieder.

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	130	130	130	130	130	130	139	139
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,3	3,2	3,2	3,1	3	3	3,1	3,1

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Mitte der 1980er Jahre erreichte die Personalstärke der algerischen Streitkräfte ein Hoch von insgesamt rund 170.000 Soldat:innen. 1990 war diese Zahl aber bereits auf etwa 150.000 Personen gesunken. Der Abwärtstrend setzte sich in den frühen 1990er Jahren trotz Beginn des Bürgerkrieges fort. 1995 zählte das algerische Militär weniger als 122.000 Soldat:innen. Zwischen 2003 bis 2010 war allerdings ein erneuter Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2011 ist die Anzahl der Soldat:innen schließlich auf 130.000 gesunken und seither konstant geblieben, lediglich im Jahr 2021 wurde die Zahl um 9.000 Soldat:innen erweitert.

Eine Verfassungsänderung im November 2020 erlaubt den Streitkräften, künftig an UN-Friedensmissionen teilzunehmen. Mit der neuen Verfassung, die seit dem Beginn des Jahres 2021 gilt, wird dem Militär das Recht auf Entsendung von Militäreinheiten ins Ausland eingeräumt. Die traditionelle Militärdoktrin der Nichteinmischung gilt somit als gebrochen, was mit einer „terroristischen Bedrohung“ gerechtfertigt wird. Seither nehmen algerische Streitkräfte an der MONUSCO teil (mit Stand September 2024: zwei Soldat:innen)

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1485	Zzgl. mehr als 26 Unterstützungsfahrzeuge
Aufklärer	70	
Schützenpanzer	980	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 1305	
Artillerie	1127	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Panzerabwehr	Mehr als 272	Zahl der rückstoßfreien Abschussgeräte sowie Geschütze; zusätzlich Raketen und Panzerabwehrsysteme, z. B. <i>Milan, Kornet-E</i>
Luftabwehr	Mehr als 531	Raketensysteme und Geschütze

Quelle: *ISS Military Balance 2024*

Kommentar

Mit beinahe 1.500 Kampfpanzern verfügt das Heer über eine beachtliche Anzahl schwerer Waffensysteme, die allerdings auch vielfach veraltet sind. Die Bewaffnung ist vor allem sowjetischer bzw. russischer Bauart, auch wenn China zunehmend moderne Rüstungsgüter nach Algerien exportiert, darunter bspw. selbstfahrende Artillerie. Derzeit ist eine umfassende Modernisierung im Gange, die sich in zahlreichen Waffenkäufen und -importen widerspiegelt. Dazu gehört auch das Rüstungsgeschäft mit Deutschland über fast 1000 Fuchs-2 Radpanzer, die insgesamt zwischen 2015 und 2025 in Algerien produziert werden. Aus Russland hat Algerien außerdem 2015 bis 2016 203 T-90S Kampfpanzer importiert. Zwischen 2014 und 2018 hat Algerien circa 200 gepanzerte Nimm-Fahrzeuge aus den VAE zusammengebaut.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren investierte das Militär vor allem in die Aufrüstung des Heeres, dessen Aufgabenspektrum im Folgenden zunehmend durch die Unterstützung der Gendarmerie und anderer paramilitärischer Kräfte im Kampf gegen die Islamistische Heilsfront (FIS) erweitert wurde. Die gerade auch in den Wüstenkriegen benötigten Fähigkeiten, insbesondere Luftlandkapazitäten, wurden während dieser Zeit besonders gefördert.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	6	Zwei 877- <i>Paltus</i> (Kilo-I-Klasse) und vier 636- <i>Varshavyanka</i> (Kilo-II-Klasse)
Fregatten	5	
Patrouillenboote	29	
Davon Korvetten	4	
Minenboote	2	
Amphibienfahrzeuge	6	
Logistik und Unterstützung	4	

Quelle: *ISS Military Balance 2024*

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marine-Infanterie:**Einige gepanzerte Mannschaftstransporter**Marineflieger:**9 Mehrzweckhubschrauber**9 Such- und Rettungshubschrauber**Küstenverteidigung:**Einige Küstenraketenstartrampen**Küstenwache:**74 Patrouillenboote**9 Logistik- und Unterstützungsschiffe**Quelle: IISS Military Balance 2024***Kommentar**

Die algerische Marine wurde mit Hilfe der Sowjetunion in den 1980er Jahren vergrößert und modernisiert. Ziel war die Projektion algerischer Militärmacht auch über die Küstengewässer hinaus. Im Gegensatz zum Heer verfügt die Marine nicht ausschließlich über schwere Waffensysteme östlicher Bauart; Frankreich und England lieferten bereits in den 1980er Jahren Korvetten und Küstenwachboote und ermöglichten dadurch Technologietransfers. Mit der Neuorientierung des Militärs zur Niederschlagung interner Aufstände in den 90er Jahren verlor die Marine jedoch an Bedeutung. Auch bei der Marine ist ein Modernisierungsprozess im Gange, der Rüstungsbeschaffungen einschließt. Zwei Fregatten der Meko-Klasse (A200; inklusive der entsprechenden Bordhubschrauber von Thyssen Krupp) wurden in der HDW-Werft in Kiel gebaut und erweitern nun seit Mai 2017 die maritimen Fähigkeiten Algeriens. Über den Bau zwei weiterer Fregatten dieses Typs auf einer neu errichteten Schiffswerft in Algerien wird spekuliert. Aus Russland importierte Algerien 2018 zwei Project-636E/Kilo U-Boote. Aus Italien und Frankreich hat Algerien Minensuchboote und Patrouillenschiffe erhalten. Bis Ende 2023 soll China außerdem eine Pattani Korvette nach Algerien exportieren. Seit 2010 beschafft die Marine zudem immer mehr Helikopter, darunter sechs Super Lynx-100 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr aus dem Vereinigten Königreich.

Tabelle 9**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	22	MiG-29S/UB Fulcrum
Jagdbomber	73	MiG-29M/M2 Fulcrum, Su-30MKA Flanker H

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Erdkampfflugzeuge	33	SU-24M/MK Fencer D
Aufklärer	3	Alle kampffähig
Tankflugzeuge	6	
Transportflugzeuge	67	Davon sechs Passagiermaschinen
Ausbildungsflugzeuge	99	Davon 52 kampffähig
Kampfhubschrauber	72	
Such- und Rettungshubschrauber	3	
Mehrzweckhubschrauber	11	
Transporthubschrauber	136	
Luftabwehr	Mehr als 88	
Raketen	Einige	u. a. AS-12 Kegler, AA-10 Alamo
Drohnen	Einige	u. a. Seeker II, CH-3/4

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Kommentar

Die vorrangige Aufgabe der Luftwaffe ist es, Luftunterstützung für die Marine und besonders für das Heer bereitzustellen. Die Modernisierung der Luftwaffe gehört seit 2000 zu den wichtigsten Aufgaben der algerischen Streitkräfte. Ein großer Anteil der Rüstungszukäufe der letzten Jahre war daher für die Luftstreitkräfte bestimmt. Im Zuge dessen wurden die Kapazitäten zur Grenzüberwachung mittels Drohnen erweitert: Mittlerweile befinden sich neben den südafrikanische Seeker II auch die zwischen 2018 und 2019 gelieferten Yabhon United und Yabhon Flash aus den VAE sowie die 2018 gelieferten CH-3/-4 Drohnen aus China im Einsatz der Luftwaffe, die allesamt bewaffnet werden können. Ferner hat Algerien in den letzten Jahren russische Abfangjäger, Transport- und Kampfhubschrauber in größerer Zahl importiert sowie drei US-amerikanische Aufklärungsflugzeuge bestellt, deren Lieferung jedoch wegen technischer Probleme verzögert wird. Letzterer Import entsprach einem Geschäft von rund 1,1 Mrd. US-Dollar.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet):

Einige Aufklärungsfahrzeuge (AML-60)

210 gepanzerte Mannschaftstransporter (100 Fahd; 110 M3 Panhard)

Mehr als 12 Transporthubschrauber (AW109, PZL Mi-2 Hoplite)

*Nationale Sicherheitskräfte:
Nur Kleinwaffen*

*Republikanische Garde:
Einige Aufklärungsfahrzeuge (AML-60)*

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 4 **Peacekeeping**

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 2 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Nationale Volksarmee Algeriens (Armée Nationale Populaire, ANP) bildet ihre Identität aus einer im kollektiven Gedächtnis des Landes verankerten Kriegskultur, die ihren historischen Ursprung in den gemeinsamen Befreiungskämpfen gegen verschiedene Invasionen hat. Die Algerier:innen erhoben sich 1954 gegen die mehr als einhundert Jahre andauernde französische Besatzung, was zu einem achtjährigen, blutigen Unabhängigkeitskrieg führte. Während dieser Zeit sind auch spätere Grundprinzipien und Strukturen der algerischen Streitkräfte entstanden.

Bemerkenswert ist, dass sich, um die revolutionäre und volksnahe Tradition zu erhalten, soziale Klassenunterschiede nicht unbedingt in der Trennung zwischen Offiziers- und Mannschaftsdienstgraden widerspiegeln. So erhalten Offizier:innen weder besondere Privilegien, noch übermäßig hohe Gehälter. Sie tragen keine prunkvollen Uniformen, um sich von einfachen Dienstgraden abzugrenzen. Auch gibt es keine aufwendigen und pompösen Zeremonien, um die Zugehörigkeit zum Offizierskorps rituell zu betonen. Die ANP ist bis heute die am besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär zudem einen attraktiven Arbeitsgeber dar.

Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1962 kam es zu einem erbitterten Machtkampf zwischen der zivilen und der militärischen Führung, der schließlich 1965 zu einem Militärcoup unter Oberst Houari Boumediene führte. Danach war die zentrale Machtposition der ANP in der Landespolitik zwar fest verankert, zu einer Militärdiktatur entwickelte sich Algerien jedoch nicht. Die politische Einflussnahme der Streitkräfte blieb eher implizit, wurde also nicht nach außen hin propagiert. Gleichzeitig haben sich die demokratischen Institutionen weiterentwickelt.

Die Vormachtstellung der ANP wurde besonders deutlich, als das Militär 1991 erneut einen Staatsstreich durchführte, diesmal um einen demokratischen Wahlsieg der Front Islamique du Salut (FIS) zu verhindern. Dieser Putsch löste einen langjährigen und äußerst blutigen Bürgerkrieg aus, in Folge dessen der politische Einfluss der Streitkräfte noch weiter anstieg.

Im Jahr 1994 versuchte das Militär erstmals, Abd al-Aziz Bouteflika als Staatspräsidenten zu installieren, 1999 dann wurde dieser gewählt und bekleidete über zwei Jahrzehnte dieses Amt. Nach Einschätzung vieler Analyst:innen und Kommentator:innen galt Bouteflika als eine Marionette des mächtigen Militärapparates.

Die öffentliche Aufarbeitung der zahlreichen vom algerischen Militär begangenen Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren ist noch alles andere als abgeschlossen und wird von der Regierung nach wie vor verhindert.

Proteste im Rahmen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ erreichten in der ersten Jahreshälfte 2011 auch Algerien und richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Angesichts der Umstürze in Ägypten und Tunesien fürchtete Bouteflika eine ähnliche Entwicklung in Algerien. Der Präsident konnte zunächst jedoch auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, der auch zur Verteidigung eigener Interessen, teilweise brutal gegen Demonstrierende vorging. Im Zuge der Proteste, die im Frühjahr 2019 zum Rücktritt Bouteflikas führten, stellte sich das Militär jedoch gegen den langjährigen Präsidenten und unterstützte die Forderungen nach seiner Absetzung, was maßgeblich zur Beendigung dessen Präsidentschaft führte.

Seit dem Umsturz hat sich das politische Gleichgewicht zu Gunsten der militärischen Eliten verschoben, diesmal jedoch ohne eine starke konkurrierende Präsidentschaft. Durch die Umsetzung der Forderungen der Hirak-Bewegung konnte sich das Militär legitimieren: dem Arab Index Survey zufolge ist das Vertrauen in das Militär mit 87 Prozent (Stand: Juli 2020) enorm hoch. Dennoch wird dem Militär auch unterstellt, lediglich eine Strategie der „zivilen Fassade“ zu verfolgen und die eigenen Einflussphären abseits demokratischer Legitimation auszuweiten. Das repressive Vorgehen seit der Wiederaufnahme der Hirak-Proteste im Februar 2021 untermauert diesen Vorwurf.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die Sicherheitskräfte Algeriens bestehen neben dem Militär aus der Zivilpolizei (Direction Générale de la Sûreté Nationale, DGSN) und der paramilitärischen Gendarmerie (Gendarmerie Nationale oder National Rural Police Force). Die Zivilpolizei ist formal dem Innenministerium unterstellt. Aufgabengebiete umfassen die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Grenzkontrollen und allgemeine Strafverfolgung. Der Zivilpolizei sind auch die paramilitärischen Nationalen Sicherheitskräfte mit ihren 16.000 Beschäftigten unterstellt. Während des Arabischen Frühlings spielten die Polizei- und Sicherheitskräfte eine wichtige Rolle für das Regime in der Niederschlagung der Demonstrationen.

Darüber hinaus besteht mit der 20.000 Personen starken Gendarmerie eine paramilitärische Einheit, welche dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Die Gendarmerie wird hauptsächlich als Polizeieinheit in ländlichen Gegenden eingesetzt sowie in Gebieten, in denen Spannungen und Konflikte bestehen. Sie ist ausgestattet mit einigen Aufklärern (AML-60), über 200 gepanzerten Mannschaftstransportern (M-3 Panhard und TH 390 Fahd) sowie mehr als zwölf leichten Hubschraubern (Mi-2 Hoplite, AW109). Die Republikanische Garde ist eine 1.200 Personen starke Spezialeinheit. Diese teilt sich in verschiedene Eliteeinheiten, eine Bereitschaftseinheit (schnelle Eingreiftruppe) sowie Einheiten zur Aufstands- und Terrorismusbekämpfung und umfasst Aufgaben wie etwa nationale Sicherheit, Grenzkontrollen, Personenschutz und Gefangenentransporte. Hauptaufgabe ist jedoch der Schutz des:der Präsident:in. Die Truppen sind äquivalent zu den militärischen Bezirken auf sechs Stützpunkte im Land verteilt.

Des Weiteren gibt es eine zivile paramilitärische Gruppierung (Legitimate Defence Groups), die etwa 150.000 Personen zählt. Diese umfasst auch die kommunale Garde (60.000 Personen). Sie wurden Ende der 1990er Jahre als Reaktion auf zunehmende Terroranschläge in ländlichen Gebieten mit dem Einverständnis der Regierung gegründet und wurden lange Zeit von der Regierung mit Waffen ausgerüstet. Es gibt jedoch Bestrebungen des Innenministeriums, die Einheiten aufzulösen. Berichten zufolge scheint es, dass die Regierung teilweise die Kontrolle über sie verloren hat.

Der Geheim- und Sicherheitsdienst Algeriens (Department of Intelligence and Security, DRS) ist dem Militär zugeordnet und übernimmt klassische Geheimdienstarbeit für das Militär, ist aber ebenso für die interne Sicherheit und Gegenspionage zuständig. Ihm ist eine 300 Personen starke Interventionseinheit (Groupe d'Intervention Spécial, GIS) zugeordnet. Auch Private Sicherheitsfirmen sind weit verbreitet. Mit mittlerweile dutzenden Firmen ist das private Sicherheitsgewerbe ein florierender Wirtschaftszweig. Besonders in der Öl- und Gasindustrie, aber auch im Objekt- und Personenschutz finden sich private Sicherheitsdienstleister wieder.

Der Polizei wurde im Zuge der Protestwelle mit Beginn des Jahres 2021 gewalttätige Repression vorgeworfen, darunter gezielte Verhaftungen, Einschüchterungen sowie Misshandlungen in Polizeigewahrsam.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterschrieben, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Auch den am 15. Juli 2009 in Kraft getretenen Pelindaba-Vertrag (atomwaffenfreie Zone Afrika) hat Algerien ratifiziert. In Bezug auf die Anti-Personenminen-Konvention weist der Landmine Monitor Report 2015 auf einige bestehende Probleme hin: Algerien ratifizierte die Anti-Personenminen-Konvention am 1. April 2001. Die algerische Regierung geht davon aus, dass bestehende nationale Gesetze für die Umsetzung der Konvention ausreichend sind, um etwaige Vertragsverletzungen zu ahnden. Das Land hat zwar niemals Anti-Personenminen produziert oder exportiert, in der Vergangenheit jedoch importiert und genutzt. Die Regierung zerstörte daher 2005 insgesamt 150.050 Minen. Nach Angaben der algerischen Regierung sollen sich etwa seit 2010 keine weiteren Bestände von Anti-Personenminen in den Arsenalen der Streitkräfte befinden. Berichte lassen jedoch daran zweifeln, da weiterhin kleine Mengen von Anti-Personenminen in den Händen der Sicherheitskräfte vermutet werden. Weitaus problematischer ist der Umgang mit bereits verwendeten Minen. Von November 2005 bis März 2006 entdeckte und zerstörte die Armee insgesamt etwa 190.000 unterhalb der Erdoberfläche befindliche Anti-Personenminen, im Jahr 2013 dann noch einmal 76.000. Dies entspricht jedoch nur einem geringen Prozentsatz der über drei Millionen platzierten Minen an der östlichen und westlichen Grenze des Landes. Weitere rund 10.000 zerstörte Anti-Personenminen stammten aus den Konflikten mit aufständischen Gruppen während der 1990er Jahre. Dem Landmine Monitor [2023](#) zufolge deklarierte Algerien im Dezember 2016 die Erfüllung ihrer Räumungsverpflichtung, teilweise seien aber noch Gebiete kontaminiert. So wurden 2022 noch rund 1.247 Anti-Personenminen geräumt, in den Jahren 2019 und 2020 waren es noch 4.499 bzw. 8.813 Minen.

Derzeit sind keine Sanktionen der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen gegen Algerien verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

The human rights situation in Algeria deteriorated during the year due to increased repression, notably of the freedoms of expression, press, assembly, and association.

Significant human rights issues included credible reports of: torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by members of the security forces; arbitrary arrest and detention; serious problems with the independence of the judiciary; political prisoners; arbitrary and unlawful interference with privacy; serious restrictions on freedom of expression and media freedom, including unjustified arrests and prosecutions of journalists, censorship, and enforcement of criminal libel laws to limit expression; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and the freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of non-governmental and civil society organizations; restrictions of religious freedom; restrictions on the freedom of movement and residence with the territory and on the right to leave the country; refoulement of refugees to a country where they would face a threat to their life or freedom; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; extensive gender-based violence, including domestic or intimate partner violence and sexual violence; trafficking in persons; the enforcement of laws criminalizing

consensual same-sex sexual conduct between adults; significant restrictions on workers' freedom of association; and minimal advancement on eliminating the worst forms of child labor.

The government took steps to investigate, prosecute, or punish public officials who committed human rights abuses. The General Directorate of National Security conducted investigations into allegations of mistreatment and took administrative actions against officers it deemed to have committed abuses. The Ministry of Justice reported several prosecutions or convictions of civil, security, or military officials for abusive treatment. Impunity for police and security officials remained a problem.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/algeria/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

Authorities escalated their closure of civic space by convicting at least one activist, five journalists and a researcher for exercising their right to freedom of expression. Authorities shut down at least two online outlets and two affiliates of the League for the Defence of Human Rights (LADDH), ordered the closure of two human rights groups, and suspended at least one political party. Judicial authorities also closed down at least two churches. At least 6 femicides were reported. At least 18,302 migrants were summarily expelled from Algeria between January and December.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für Algerien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 22/60

Politische Rechte: 10/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (32/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

Political affairs in Algeria have long been dominated by a closed elite based in the military and the ruling party, the National Liberation Front (FLN). While there are multiple opposition parties in Parliament, elections are distorted by fraud, and electoral processes are not transparent. Other concerns include the suppression of street protests, legal restrictions on media freedom, and rampant corruption. The Hirak protest movement in 2019 put pressure on the regime to reform, but a crackdown on dissent in the following years has prevented large-scale demonstrations from continuing.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/algeria/freedom-world/2024>

Kommentar

Während weiterhin Menschenrechtsverletzungen bestehen (Einschränkung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte, Diskriminierung, unrechtmäßige Verhaftungen und Hausdurchsuchungen etc.) und der Verbleib von „Verschwundenen“ aus Bürgerkriegszeiten bislang noch nicht aufgeklärt wurde, verspricht die algerische Verfassung theoretisch einen hohen Grundrechtsschutz. Auch wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen ist Algerien beigetreten. Von 2013 bis Ende 2016 ist das Land bereits zum zweiten Mal Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen; im Oktober 2022 wurde es erneut zum Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2023 bis 2025 gewählt.

Die Ausschreitungen zu Beginn 2011 haben jedoch erneut gezeigt, dass das Regime bereit ist, auch gewaltsam auf Demonstrationen und Reformbestrebungen zu reagieren. Im Zuge dessen wurde die Versammlungsfreiheit drastisch eingeschränkt und die Meinungs- und Pressefreiheit weiter beschnitten. Die Regierung hat ebenfalls die (elektronische) Überwachung oppositioneller Gruppen intensiviert. Auch gegen die Protestierenden der Hirak-Bewegung ab 2019 wurde repressiv vorgegangen. So waren einige der im Zuge der Bewegung inhaftierten Journalist:innen und Aktivist:innen auch 2021 noch in Haft.

Auch 2023 kritisiert [Human Rights Watch](#), dass die algerischen Behörden friedliche Aktivist:innen, Menschenrechtler:innen und Journalist:innen für Kritik am Regime festnehmen und inhaftieren lassen. Dabei werden sie wegen vermeintlichen Terrorismus angeklagt. Auch wurden jüngst politische Oppositionsgruppen als „Terrororganisationen“ eingestuft. Unter dem 2019 gewählten Präsidenten Tebboune hat sich die Zerschlagung der Opposition, unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen und Medienanstalten intensiviert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

This report underscores a period of relative recovery for Algeria, although the sustainability of this recovery remains uncertain. The ongoing conflict in Ukraine has kept oil and gas prices elevated, enabling the Algerian government to bolster its financial reserves.

A new government, led by Prime Minister Aymen Benabderrahmane – a seasoned economist, former central bank governor, and finance minister – assumed office on June 30, 2021. This administration has displayed a readiness to sever ties with European partners who oppose Algeria’s regional interests. For instance, in a recent dispute over Western Sahara with Madrid, Algeria suspended a 20-year-old friendship treaty and recalled its ambassador from Spain on March 19, 2022. This suggests that the government perceives the Ukraine war as an opportunity to enhance its global standing and exploit Europe’s gas demands. However, these actions, including the suspension with Spain and the breakdown of diplomatic relations with Morocco, have eroded Algeria’s credibility among long-standing partners.

However, in the realm of freedom of speech, Algeria continues to face challenges. The number of arbitrary arrests of journalists has risen since the inception of the Hirak movement in 2019. Most recently, in December 2022, the prominent journalist Ihsane El-Kadi was arrested and charged with political reporting-related offenses. This incident garnered national and international condemnation, resulting in the suppression of newspapers, opposition parties, and movements. Presently, there are over 288 political prisoners, and thousands of individuals are entangled in lawsuits due to their involvement in the Hirak. Furthermore, anti-terror laws have been revised to specifically target dissenting voices.

Finally, in August 2022, during President Macron's visit to Algeria, President Abdelmadjid Tebboune made a strategic decision to shift the primary foreign language taught in Algerian schools from French to English. This decision marks a significant departure from the country's historical ties to France.

Quelle: [BTI 2024 Algeria Länderbericht: BTI 2024 \(bti-project.org\)](#)

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Algerien 36 von 100 möglichen Punkten (2022: 33 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Brasilien, Serbien und die Ukraine. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023/index/dza>

Spannungen und innere Konflikte

Unruhen im Rahmen des Arabischen Frühlings

Im Zuge der Proteste in Tunesien im Frühjahr 2011, die zum Umsturz des Regimes Ben Ali führten, gab es ebenfalls Ausschreitungen und Demonstrationen in Algerien. Bei den Zusammenstößen zwischen Bevölkerung und Polizei sowie dem Militär ging es in erster Linie um politische Missstände und den Wunsch nach demokratischen Reformen. Zwar veranlasste das Regime als Reaktion zur Vermeidung eines Umsturzes die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der seit 19 Jahren bestand, und kündigte weitere demokratische Reformen an. Doch ging das Regime zeitgleich gewaltsam gegen die Aufständischen vor und ließ viele Protestkundgebungen durch die Polizei niederschlagen. Insgesamt waren die Aufstände vergleichsweise ruhig und gingen zügig an Algerien vorbei, was wohl unter anderem in dem Bevölkerungstrauma als Folge der durch Bürgerkriege geprägten Geschichte Algeriens begründet liegt. Nichtsdestotrotz konnten die inneren politischen Spannungen durch die Zugeständnisse und die Parlamentswahlen im Mai 2012 nicht vollends beigelegt werden. So fanden im April 2014 Präsidentschaftswahlen statt, die Bouteflika in seinem Amt für fünf weitere Jahre bestätigten, aber von schweren Unruhen in Kabylei begleitet wurden. Diese richteten sich gegen Präsident Bouteflika sowie die Korruption und Arbeitslosigkeit im Land. Die Wahlergebnisse galten auch bei dieser Wahl als hoch umstritten. Im Jahr 2019 brachen erneut schwere Proteste und ein Generalstreik aus, nachdem Bouteflika seine erneute Kandidatur bekannt gegeben hatte. Unter anderem erklärten über 100 Richter:innen, nicht für die Beaufsichtigung der Wahl zur Verfügung zu stehen, sollte Bouteflika erneut an der Wahl teilnehmen. Auch die Opposition kündigte einen Boykott der Wahlen an. Am 2. April trat Bouteflika mit sofortiger Wirkung zurück, nachdem ihm die Armee einen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen nahegelegt hatte.

Sieben Monate nach dem Rücktritt Bouteflikas fanden vor dem Hintergrund anhaltender Anti-Regime-Proteste am 12. Dezember 2019 Präsidentschaftswahlen statt. Diese wurden von weiten Teilen der Opposition und Protestbewegung boykottiert, da ausschließlich Vertreter:innen des politischen Establishments zur Wahl standen. Rund 40 Prozent der Bevölkerung gaben ihre Stimme ab; die niedrigste Wahlbeteiligung aller Zeiten. Der frühere Premierminister Abdelmajid Tebboune, der den alten Eliten zugerechnet wird, gewann die Wahl, die in der Armutsregion Kabylei sowie in der Metropole Algier von Massenprotesten überschattet wurde. Die Anti-Regime-Proteste halten seit Februar 2019 an und überschatteten auch die vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahr 2021. Oppositionspolitiker:innen und

Vertreter:innen der Hirak-Protestbewegung halten die Wahlen für ein Instrument, mit dem sich die Elite politische Legitimität verschaffen möchte. Die Wahlbeteiligung lag dementsprechend bei nur 24 Prozent. Auch bei der Präsidentschaftswahl im September 2024, bei der Tebboune mit 95 Prozent wiedergewählt wurde, beteiligten sich nur 48 Prozent der Wähler:innen.

Der Islamist:innenaufstand

Spannungen zwischen islamischen Fundamentalist:innen und dem „sozialistischen“ Regime Algeriens reichen zurück bis in die frühen 1980er Jahre. 1988 kam es zum ersten offenen Aufstand, der allerdings von staatlichen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurde. Einige hundert, vielleicht sogar tausend Demonstrierende fanden den Tod im Kugelhagel der Polizei. Als Reaktion auf den Unmut der Bevölkerung regte der damalige Präsident Benjedid politische Reformen an. Im Zuge dieser Reformen wurde schließlich auch die islamistische Partei Front Islamique du Salut (FIS) für Wahlen zugelassen.

Insbesondere in den ärmeren Bevölkerungsschichten und der arbeitenden Klasse war die FIS schnell sehr erfolgreich. Als sich 1991 ein Wahlsieg für die FIS abzuzeichnen begann, unterbrach das Militär allerdings den Urnengang. Anfang 1992 wurde die Partei dann verboten und die Militärführung verhängte einen 19 Jahre anhaltenden Ausnahmezustand. Die Islamist:innen reagierten ihrerseits mit Gewalt. Trotz massiver Militäroperationen gegen islamistische Guerrillagruppen und einer groß angelegten Verhaftungswelle, gelang es den algerischen Streitkräften in den folgenden Jahren jedoch nicht, den nunmehr entfachten Bürgerkrieg erfolgreich einzudämmen oder gar zu beenden.

Im Zeitraum zwischen 1993 und 1995 forderten die Kämpfe wöchentlich teils über 500 Todesopfer, darunter auch immer häufiger Zivilist:innen, die offensichtlich von allen beteiligten Kriegsparteien gezielt massakriert wurden. Insgesamt wird geschätzt, dass in den 1990er Jahren zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen.

Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die Rebell:innen verkündete, nahm die Gewalt zu Beginn des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. Zwar waren von den ehemals etwa 27.000 Guerrillakämpfer:innen nur noch etwa 700 in GIA und GSPC aktiv, im Jahr 2001 kamen aber nach offiziellen Angaben noch immer ca. 1.900 Menschen gewaltsam im Bürgerkrieg zu Tode, darunter wieder viele hundert Zivilist:innen. Internationale Aufmerksamkeit erregte der Konflikt zwei Jahre später, als eine Gruppe von ausländischen Tourist:innen im Februar und März 2003 von der GSPC entführt wurde. Die Streitkräfte antworteten mit einer groß angelegten und äußerst erfolgreichen Militäroffensive. Laut Armeeangaben wurden die Rebell:innen Anfang 2004 schließlich „ausgemerzt“. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen begangenen Straftaten ausgesprochen, was als ein deutliches Voranschreiten des nationalen Versöhnungsprozesses bewertet werden kann. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft.

Der Imazighenaufstand („Berberaufstand“)

Des Weiteren beschäftigt ein Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den Stämmen der Imazighen in der Kabylei-Region das Land. Obwohl die große Mehrheit der Algerier:innen ihren ethnischen Ursprung im Volk der Imazighen hat, identifizieren sich heute nur noch etwa ein Fünftel mit dessen Kultur. Diese leben zum größten Teil in der gebirgigen Kabylei-Region östlich der Hauptstadt Algiers. Die übrigen 80 Prozent der Algerier:innen verstehen sich als Araber:innen und stellen als solche die sowohl kulturelle als auch politisch

dominante Gruppe. Die Unruhen begannen in den frühen 1980er Jahren, als sich die Imazighen gegen eine von der Regierung verordnete Arabisierungskampagne der gesamten algerischen Gesellschaft zur Wehr setzten und ihre kulturelle Eigenständigkeit forderten. Obwohl die Regierung unter Präsident Benjedid den Kabylei-Imazighen schließlich einräumte, ihre eigene Sprache und Tradition an bestimmten Universitäten und Schulen weiterhin pflegen zu können, ebten die kulturellen Spannungen nie vollständig ab. Im Frühjahr 2001 eskalierte die Situation schließlich erneut („Schwarzer Frühling“), nachdem ein junger Angehöriger der Imazighen von algerischen Sicherheitskräften auf einer Polizeiwache außergerichtlich getötet wurde. 2002 erklärte das Parlament die Sprache Tamazight zur zweiten offiziellen Amtssprache neben dem Arabischen. Der gewaltsame Aufstand der Imazighen gegen staatliche Einrichtungen in der Kabylei-Region konnte damit allerdings nicht wirklich beruhigt werden. Denn neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur, fordern die Imazighen inzwischen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit. Eine Serie von Bombenattentaten gegen Polizeieinrichtungen in der Kabylei-Region, zuletzt im Februar 2007, lässt auf die Existenz einer bewaffneten Imazighengruppierung in der Region schließen. So soll im Vorfeld zur Präsidentschaftswahl 2024 noch ein Terroranschlag der Gruppe Movement for the Self-Determination of Kabylie (MAK), die von Algerien seit 2021 als Terrororganisation kategorisiert wird, verhindert worden sein.

Die Lage in Algerien hat sich mit der Wiederwahl Bouteflikas im April 2014 jedoch gebessert. Für seine vierte Amtszeit kündigte Bouteflika eine Fortsetzung des politischen Reformprozesses an, der insbesondere in einer Verfassungsreform münden sollte. Erste Vorschläge wurden noch im Mai 2014 veröffentlicht und darüber Konsultationen mit Vertreter:innen aus Politik und Gesellschaft durchgeführt. In einer Reihe von Gesprächen zwischen der Regierung und der kabulischen Bürgerbewegung „Aarouche“ konnte zudem ein Waffenstillstand vereinbart werden, wobei die Regierung einige Zugeständnisse an die Protestbewegung gemacht hat. Die neue Verfassung trat zu Beginn des Jahres 2021 unter Präsident Tebboune in Kraft. Trotz eines Boykotts durch die Hirak-Bewegung, einer geringen Wahlbeteiligung von nur 24 Prozent und einer geringen Zustimmung von nur rund 15 Prozent. Die Verfassung gilt in Algerien als umstritten, da weite Teile der Bewegung weitreichendere politische Reformen forderten – neben einigen rechtlichen Zugeständnissen wurden jedoch auch die Befugnisse der Armee ausgeweitet.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mit 2.381.741 km² ist Algerien das größte Land Afrikas. Mehr als vier Fünftel des Territoriums bestehen allerdings aus Wüste. Algerien grenzt im Westen an Marokko und Mauretanien, im Süden an Mali und Niger und im Osten an Tunesien und Libyen.

Politische Situation in der Region

Marokko

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbarn Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt, was nicht zuletzt auf die unterschiedliche ideologische Ausrichtung des „alten Königreiches“ Marokko und der neuen „sozialistischen“ Republik Algerien zurückzuführen ist. 1988 nahmen die beiden Staaten diplomatische Beziehungen auf. Ein Jahr später wurde eine Reihe von Grenzstreitigkeiten um von Marokko beanspruchte Gebiete im südlichen und westlichen Algerien friedlich beigelegt. Trotz dieser Annäherungen bleiben beide Länder bei ihrer grundsätzlich unterschiedlichen Position bezüglich der Westsahara-Frage, was die 1989 ins Leben gerufene Union des Arabischen Maghreb (UMA) bis zum heutigen Tag weitgehend paralysiert. Die Grenze zwischen Marokko und Algerien ist nach wie vor geschlossen. Im August 2021 wurde seitens Algerien erneut bekanntgegeben, dass die diplomatischen Beziehungen zu Marokko abgebrochen werden. Algerien wirft Marokko Spionage und Finanzierung von terroristischen Organisationen vor. Die Beziehung beider Länder verschlechtert sich seither weiter.

Tunesien

Die Beziehung Algeriens zu Tunesien ist weitaus weniger problematisch. Beide Staaten sind traditionell eng miteinander verbunden. 1983 schlossen sie ein Verteidigungsabkommen ab. Zeitgleich wurde ein über zwei Jahrzehnte andauernder Disput über den algerisch-tunesischen Grenzverlauf beigelegt.

Libyen

Die Beziehungen zwischen Algerien und Libyen waren aufgrund von ideologischen Gemeinsamkeiten beider Regierungen und den sich daraus ergebenden ähnlichen außenpolitischen Interessen in der Vergangenheit sehr freundschaftlich. Beispielsweise unterstützte Libyen in den 1970er Jahren ebenfalls die Polisario Befreiungsfront in der Westsahara. Die Beziehung erhielt 1984 allerdings einen plötzlichen Dämpfer, als Libyen überraschend erklärte, ein Bündnis mit Marokko geschlossen zu haben. Die Sorge Algeriens um die Unberechenbarkeit libyscher Außenpolitik nahm nach dem gemeinsamen Beitritt zur Union des Arabischen Maghreb jedoch wieder ab und das Verhältnis beider Länder zueinander verbesserte sich im Laufe der 1990er Jahre. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Dennoch gibt es noch immer einen ruhenden Grenzdisput zwischen beiden Ländern. Libyen beansprucht 32.000 Quadratkilometer Wüste im südöstlichen Algerien. Im Dezember 2023 wurde eine seit acht Jahren geschlossene Grenze (Ghadames-Debdeb) zwischen beiden Ländern erneut geöffnet.

Durch den Krieg in Libyen ist davon auszugehen, dass zahlreiche Waffen in die Nachbarländer gelangt sind. Die Proliferation dieser Waffen stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für viele Länder und die gesamte Region dar. Ein mögliches Indiz ist die Eskalation des Konfliktes im nördlichen Mali. Bewaffnete islamistische Gruppierungen („Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM)“, Ansar Dine) drangen Ende 2012 fast bis zur Hauptstadt Malis vor. Als Folge intervenierte Frankreich im Januar 2013 und drängte die bewaffneten Gruppen zurück. Algeriens Regierung ist besorgt, dass die in Mali operierende Al-Qaida, die das Ziel des algerischen Regierungsturzes verfolgt, weiter an Stärke gewinnt oder durch einen Rückzug den Grenzbereich zwischen Mali und Algerien weiter destabilisieren könnte. Algerische Streitkräfte und Grenzeinheiten haben daher die Operationen in den Grenzgebieten zu Libyen und Mali seit dem Krieg deutlich ausgeweitet.

Niger

Seit dem Militärputsch im Nachbarstaat Niger im Juli 2023 hat Algerien eine mitunter ambivalente Position eingenommen. Während die algerische Regierung den Putsch als solches verurteilt, lehnt sie jedoch jegliche potenzielle Intervention durch die ECOWAS ab. So sagte Präsident Tebboune, dass jegliche externe militärische Aktion in Niger eine „direkte Bedrohung für Algerien“ sei und dass die gesamte Sahelregion dadurch „in Flammen aufgehen“ würde. Ferner sei Algerien unter den Hauptbetroffenen der Krise, da Algerien fast tausend Kilometer Grenze mit Niger teilt, und werde keine Gewalt gegen seine Nachbarn einsetzen. Ohne Algerien gebe es „keine Lösung“. Kurz zuvor hatte die algerische Regierung betont, dass nur der gestürzte nigrische Präsident Mohamed Bazoum das legitime Staatsoberhaupt Nigers sei. Hintergrund für den beschriebenen Kurs in Hinblick auf die Situation in Niger ist auch, dass Algerien seine Beziehungen zu Russland, das die Mehrheit der Waffen für das algerische Militär liefert und Haupttrainingspartner für das algerische Militär ist, nicht verschlechtern will, welches einer ECOWAS-Intervention kritisch gegenübersteht. Die Beziehungen zum Westen will Algerien jedoch auch nicht gefährden. Daher ist es der „sicherste“ Weg für Algerien, einerseits die Junta abzulehnen, andererseits jeglicher Partizipation in großen Militäroperationen zu widersagen. Die Lage in Niger ist jedoch von Bedeutung für Algerien, insofern Niger Gefahr läuft in Unsicherheit und Instabilität zu versinken, was auch Algerien hinsichtlich Schmuggel und der Gefahr durch dschihadistische Gruppen betrifft.

Union des Arabischen Maghreb (UMA)

Im Februar 1989 gründete Algerien zusammen mit Tunesien, Libyen, Marokko und Mauretanien die Union des Arabischen Maghreb (Union du Maghreb Arabe, UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine gesteigerte wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltete beispielsweise bereits der UMA-Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Beispielsweise betrieb Algerien im Jahr 2000 nur 1,5 Prozent seines Außenhandels mit der UMA. 2021 lag der intraregionale Handel der UMA-Staaten bei lediglich 2,4 Prozent. Mit Ausnahme von Libyen fehlte auch der Wille bei den Mitgliedern, eine politische Integration nach Vorbild der Europäischen Union voranzutreiben. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Seit April 1994 gab es kein UMA-Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter. Zuletzt scheiterte 2005 ein geplantes Treffen, da es Differenzen bei der Anerkennung und Unterstützung Westsaharas gab. Im April 2024 wurde jedoch mit einem Gipfeltreffen versucht, die UMA wiederzubeleben. Inwiefern sich hieraus aber eine langfristige multilaterale Kooperation ergibt, bleibt zunächst abzuwarten.

Südliches Afrika

Trotz seiner Führungsrolle bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bleibt Algerien viel enger mit seinen arabischen Nachbarn als mit den afrikanischen Ländern im Süden verbunden. Die Beziehungen sind dennoch im Allgemeinen gut. Grenzstreitigkeiten mit Mali, Niger und Mauretanien wurden beigelegt.

Arabische Welt

Algerien identifiziert sich offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser:innen gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt und Algerien lehnte auch jede Normalisierungsbestrebungen, etwa im Rahmen der Abraham-Abkommen, strikt ab.

Kommentar

Unter Algeriens unmittelbaren Nachbarn stellten nur Marokko und Libyen eine potentielle militärische Bedrohung dar. Marokko verfügt zwar in absoluten Zahlen über mehr Soldat:innen als Algerien, dafür aber auch über weniger schwere Waffensysteme sowie über eine vergleichsweise minderwertige Ausrüstung und Bewaffnung. Libyen hingegen besitzt zwar mehr schwere Waffen als Algerien, verfügt dafür aber über sehr viel weniger Soldat:innen.

Grenzkonflikte

Momentan gibt es keine offen ausgetragenen Grenzkonflikte. Da Libyen ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem libyschen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle hinsichtlich Großwaffensysteme. Hinsichtlich der Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen (SALW) besteht jedoch etwa die Bamako Declaration on an African Common Position on the Illicit Proliferation, Circulation and Trafficking of Small Arms and Light Weapons, welchem Algerien beigetreten ist. Auch trat Algerien im Rahmen der Afrikanischen Union dem Vertrag von Pelindaba über eine Atomwaffenfreie Zone in Afrika bei.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2004 bestätigten die Vereinigten Staaten US-amerikanische Militäraktivitäten gegen „Terrorist:innen“ im südlichen Teil Algeriens. Vermutlich unterstützten bis zu 400 Angehörige US-amerikanischer Spezialeinheiten die algerischen Streitkräfte bei der Zerschlagung der islamistischen Al-Qaida Organisation GSPC. Außerdem befinden sich US-amerikanische Spezialeinheiten im Rahmen der Trans-Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI) im nordafrikanischen Raum, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden. Auch die militärischen Beziehungen zum Vereinigten Königreich wurden intensiviert. Im Jahr 2009 unterzeichneten die beiden Staaten einen Pakt über technologische und militärische Kooperation. Neben gemeinsamen Manövern und Ausbildungseinheiten, ist auch die Lieferung verschiedener Ausrüstungsgegenstände im Kontext des Paktes durchaus denkbar. Italien ist ebenfalls bestrebt (Stand 2023), die Kooperation mit Algerien zu vertiefen und ggf. auch Einheiten zur Ausbildung algerischer Soldat:innen zu entsenden.

In den Nachbarländern Algeriens sind derzeit mehrere UN- und EU-Missionen aktiv, so etwa die UNSMIL oder EUBAM in Libyen, MINURSO in der Westsahara (an dem sich auch die [Bundeswehr](#) beteiligt).

Bis vor kurzem (teilweise bis Mitte 2024) waren zudem einige Streitkräfte im Rahmen weiterer Missionen in den Nachbarländern Algeriens aktiv, so etwa die MINUSMA in Mali, EUTM Mali und EUCAP Sahel Mali sowie EUCAP Sahel Niger und EUMPM Niger. Für letztere wurde die Bundeswehr mit einem Mandat bis zum 31.05.2024 ausgestattet – die Mission wurde durch Beschluss des Rats der EU aber nicht über den 30.06.2024 hinaus verlängert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Seit 2011 beteiligt sich Algerien am Kampf gegen den Terrorismus und kooperiert dazu auch mit den USA. 2011 nahm das Land an einem globalen Forum gegen Terrorismus (GCTF) in New York teil. Im Kampf gegen die Verbreitung des Islamischen Staats in Nordafrika sowie gegen Dschihadist:innen im Norden Malis arbeitete Algerien zudem eng mit Frankreich zusammen. Algerien hat seit Januar 2013 der französischen Luftwaffe seinen Luftraum für Angriffe in den Rückzugsgebieten der islamistischen Terrorgruppen geöffnet und unterstützte den französischen Militäreinsatz in Mali auch mit Nachschub und Aufklärung. Aufgrund seiner Größe dient das nordafrikanische Land seit vielen Jahrzehnten als Rückzugsort für Terrorist:innen und hat somit eine lange Tradition bewaffneter islamistischer Zellen im Untergrund. Auch das Attentat auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo im Januar 2015

führte nach Algerien zurück. Das Auswärtige Amt warnt vor terroristischen Anschlägen im Land, besonders gefährlich sei es im Norden und Nordosten des Landes. Im Global Terrorism Index erreicht Algerien [2024](#) dennoch einen Indexwert von 2,2 und liegt damit weit hinter den Nachbarländern Mali und Niger (8,0 bzw. 7,3) allerdings – zum Vergleich – vor Deutschland (2,8) oder Frankreich (2,6). Damit machte Algerien in den letzten zehn Jahren deutliche Fortschritte und wies den größten Rückgang von Terrorismus in der Region auf: 2023 war kein Anschlag und damit kein Todesopfer verzeichnet worden. Auf dem Höhepunkt terroristischer Aktivitäten (2010) wurden hingegen noch 84 Anschläge verzeichnet und 138 getötete Menschen erfasst.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Algerien ist ein wichtiger Umschlagspunkt für Drogen, insbesondere solche, die von Marokko oder Tunesien aus nach Europa geschmuggelt werden sollen. Vor allem die langen und porösen Landesgrenzen in Nordafrika begünstigen den Schmuggel und verhindern eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels. Obwohl die Grenze zwischen Algerien und Marokko seit 1994 bedingt durch die anhaltenden Spannungen geschlossen ist, kommt es immer wieder zu Drogenschmuggel über die Grenze hinweg. Auch aus Westafrika gelangen immer wieder Drogen illegal ins Land und werden von dort aus weiter gehandelt. Während Heroin keinen bedeutenden Faktor darstellt, entwickelt sich Algerien hinsichtlich Kokainhandels zu einer bedeutenden Drehscheibe zwischen Europa und Lateinamerika. Auch das Geschäft mit synthetischen Drogen nahm in den vergangenen Jahren rasant zu. Das meistgehandelte Produkt ist allerdings nach wie vor Cannabis.

Im Global Organized Crime Index ([2023](#)) belegte Algerien den 104. von 193 Plätzen. So ist auch Menschenhandel und -schmuggel sowie Schutzgelderpressung organisierter Netzwerke weit verbreitet. Algerien ist dabei nicht nur Transit-, sondern auch Zielland und schaffte es in den letzten Jahren nicht, das Ausmaß – trotz einiger Erfolge – signifikant einzudämmen. Waffenhandel ist demnach in den südlichen Regionen des Landes verbreitet.

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Unterschrieben (nicht ratifiziert)	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Algerien boykottiert, wie die meisten arabischen und nordafrikanischen Staaten, das UN-Waffenregister (UNROCA). Hintergrund hierfür sind vor allem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch an der Berichterstattung über Militärausgaben der Vereinten Nationen nimmt Algerien nicht teil und übermittelt keine Angaben.

Im Rahmen des Program of Action on small arms and light weapons berichtet Algerien aber seit 2003 regelmäßig. Da das Land dem Internationalen Waffenhandelsvertrag nicht beiträgt, liegt hier entsprechend keine Berichtspflicht vor.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt. Es wird jedoch vermutet, dass Waffen über die Grenze aus Algerien nach Niger und Mali gebracht werden und dort in die Hände von Rebell:innen gelangen. Unter diesen Waffen sollen viele Restbestände des Konflikts von 1992-1998 sein, vornehmlich Schusswaffen. Die beliebtesten Schmuggelrouten verlaufen über den Landweg. Die Vereinten Nationen haben massive Waffenexporte aus Libyen in andere Konfliktländer ausgemacht, viele dieser Exporte laufen über Algerien, wie auch ein Bericht aus dem Jahr [2016](#) von Conflict Armament Research nahelegt. Die Transporte aus dem nordafrikanischen Land erreichten eine "alarmierende Rate" so die Vereinten Nationen – und das trotz eines bestehenden Waffenembargos. Nach dem Sturz des libyschen Machthabers Ghaddafi im Jahr 2011 habe sich die Lage zugespitzt. Um den Schmuggel zu bekämpfen, hat Algerien tausende von Soldat:innen an die Grenze zu Mali abkommandiert. Zuletzt wurden zahlreiche illegale Waffenhändler:innen festgenommen. Im Mai 2014 schloss Algerien zudem über sechs Kilometer seiner Grenze zu Mauretanien, Mali, Niger und Libyen

und stellte die Grenzübergänge unter militärische Kontrolle. In einem Bericht des UNODA aus dem Jahr [2023](#) wird festgehalten, dass Algerien selbst im Jahr 2018 die Handelsroute zwischen Mali und Algerien als die drittmeistgenutzte Schmuggelroute der Sahelregion einschätzt.

Im August 2024 sollen algerische Behörden zudem 21 Personen festgenommen haben, die zur Movement for the Autonomy of Kabylie (MAK) gehören sollen und demnach 21 Waffen und Munition mittels einer Fähre schmuggeln wollten. Die Waffen kamen, Berichten zufolge, aus Frankreich.

Berichte über das Verschwinden von Waffen aus nationalen Beständen sind bisher aber nicht publik geworden.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Algeria's economy continues to rebound from the impacts of the COVID-19 pandemic and the Hirak protests. Oil production has returned to pre-pandemic levels, with the service sector and agricultural activity also experiencing a resurgence. Improved external balances have been driven by higher global hydrocarbon prices. Nevertheless, inflation remains high, standing at 9.4%. To safeguard purchasing power, the government has taken measures such as raising civil service salaries and introducing unemployment benefits. Nonetheless, this level of spending may pose a challenge if gas prices decline in the future.

To address these challenges and stimulate economic growth, Article 139 of the Finance Law 2021 has repealed the regulation that previously restricted foreign ownership, commonly known as the "51/49 rule," for goods and services production. This revision also extends exceptions to cover activities such as importing raw materials, products, and merchandise for resale, as well as activities of strategic importance. However, these activities will still require a national resident shareholding participation of up to 51%.

In addition to its economic developments, Algeria is making strides in the startup sector. In December 2022, the country hosted the inaugural "African Startup Conference," and the government has shown a commitment to supporting Algerian startups, emphasizing the importance of economic management and training for young entrepreneurs. The goal is to have one million project holders by 2023, with the establishment of the Algerian Startup Fund serving as a crucial step toward achieving this objective.

Quelle: [BTI 2024 Algeria Länderbericht: BTI 2024 \(bti-project.org\)](#)

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	10383	10141	9455	9146	16052
Militärausgaben/BIP	6,0	6,7	5,6	4,7	8,2
Gesundheitsausgaben/BIP	6,3	6,3	-	-	-

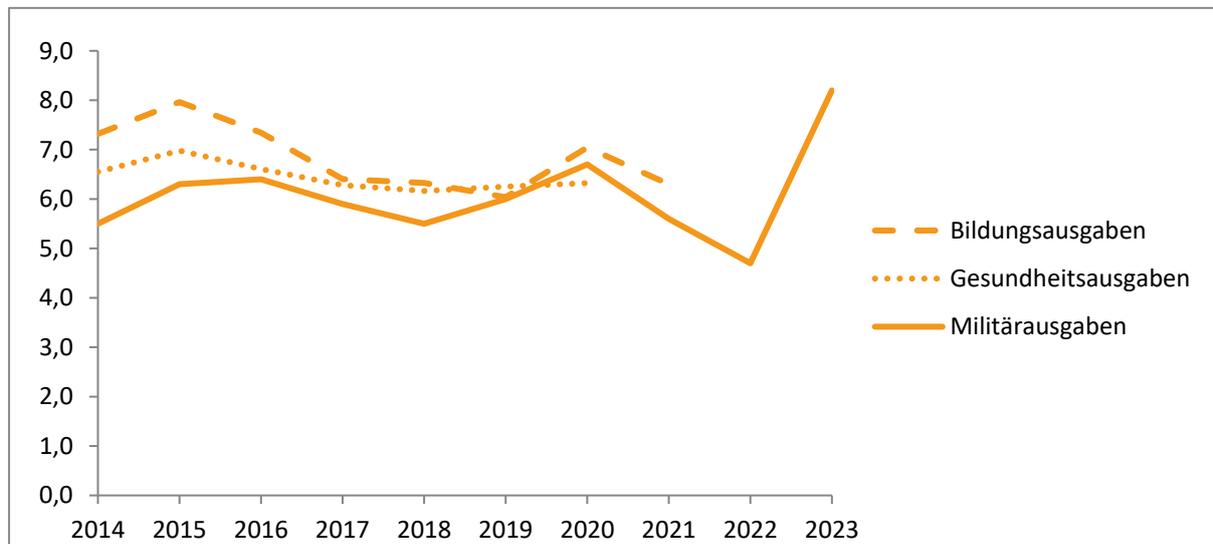
	2019	2020	2021	2022	2023
Bildungsausgaben/BIP	6,0	7,0	6,3	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	5710	5492	5178	7379	7129
Anteil am BIP (in Prozent)	2,9	2,8	3,1	4	3,2
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	87,81	117,86	111,7	132,71	166,15
Net ODA (% of GNI)*	0,05	0,07	0,08	0,09	-
Deutsche ODA Zahlungen*	10,52	14,51	16,51	28,94	20,05

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2022).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	189,5	193,5	186,6	179	206
Index-Platzierung	16	16	16	19	14

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Libyen	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Mali	Militarisierungswert	102,6	118,4	125,7	122,2	135,6
	Index-Platzierung	72	56	53	50	43
Marokko	Militarisierungswert	158	169,9	167,2	167,8	158,7
	Index-Platzierung	24	19	20	20	26
Mauretanien	Militarisierungswert	136,9	142,3	137,6	136,6	140,3
	Index-Platzierung	40	35	43	39	37
Niger	Militarisierungswert	79,7	80,8	76,4	102	115,5
	Index-Platzierung	106	104	108	73	59
Tunesien	Militarisierungswert	126,4	129,4	128,3	127,3	124
	Index-Platzierung	52	51	51	46	52

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Mali	Militärausgaben (absolut)	511	624	636	582	727
	Militärausgaben/BIP	2,8	3,4	3,4	3,1	3,8
Marokko	Militärausgaben (absolut)	3810	4883	5026	4995	4869
	Militärausgaben/BIP	2,9	4,0	3,8	3,8	3,6
Mauretanien	Militärausgaben (absolut)	186	229	245	225	253
	Militärausgaben/BIP	2,0	2,4	2,3	2,3	2,5
Niger	Militärausgaben (absolut)	259	238	188	243	309
	Militärausgaben/BIP	1,9	1,7	1,4	1,7	2,1
Tunesien	Militärausgaben (absolut)	1151	1206	1210	1156	1113
	Militärausgaben/BIP	2,4	2,7	2,6	2,5	2,4

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,740	0,742	0,730	0,740	0,745

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/DZA>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar**Zusammenfassung:**

Algerien gehört mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 4.960 US-Dollar (2023) zur Gruppe der Länder mit gehobenem bis mittlerem Einkommen (upper-middle income economy). Auf dem Global Competitiveness Index befand sich Algerien mit 56,3/100 Punkten 2019 im unteren Mittelfeld. Mit einem Wert von 0,745 auf dem Human Development Index (HDI) rangiert Algerien 2022 auf Platz 93 von 193 Staaten; es zählt damit zur Gruppe der

Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Die soziale Lage vieler Algerier:innen bleibt jedoch problematisch, insbesondere ist die Arbeitslosigkeit (11,8 %) hoch, vor allem unter jungen Menschen (30,8 %). Gleichzeitig ist Algerien in sehr starkem Maße militarisiert (Rang 14 im aktuellen Global Militarisation Index). Zwar sind Rüstungsexporte nach Algerien auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes derzeit eher nicht als „kritisch“ einzuschätzen, sie sind jedoch auf Basis anderer Kriterien (2, 3 und 7) kritisch zu prüfen. .

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 4.960 US-Dollar (Atlas-Methode) im Jahr 2023 zählt Algerien der Weltbank zufolge zur Gruppe der Länder mit einem gehobenen bis mittlerem Einkommen („upper-middle income economy“). Die Auslandsverschuldung Algeriens gemessen am BIP betrug 2022 3,2 Prozent, was als verhältnismäßig niedrig einzuordnen ist. Auf dem Global Competitiveness Index, lag Algerien 2019 mit 56,3 von 100 möglichen Punkten auf Platz 89 von 141 Staaten und damit im unteren Mittelfeld. Auf demselben Index rangierte Deutschland 2019 auf Platz 7.

Mit Ausnahme des Jahres 2020, als das BIP in Folge des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie um 5,1 Prozent schrumpfte, verzeichnet Algerien in den letzten Jahren einen zumeist soliden Anstieg des BIP von ein bis fast vier Prozent; 2022 verzeichnete Algerien jüngst ein BIP-Wachstum von 3,1 Prozent. Der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP ist im letzten Jahrzehnt gestiegen und erreichte 2020 mit 13,8 Prozent einen Höhepunkt; seither ist er gesunken, auf zuletzt 11,4 Prozent (2022). Insgesamt ist dieser Anteil nicht als sonderlich hoch zu bezeichnen; die Wirtschaftsleistung Algerien beruht ergo lediglich zu einem Zehntel auf Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei. Dahingehend sind die Kohlenwasserstoffproduktion und Exporteinnahmen daraus für die Wirtschaft Algeriens von zentraler Bedeutung und haben Algerien zu maßgeblichen wirtschaftlichen Fortschritten verholfen. Dieser Sektor machte gut 19 Prozent des algerischen BIP aus, 93 Prozent der Produktexporte und 38 Prozent der Haushaltseinnahmen zwischen 2016 und 2021. Algerien möchte jedoch die eigene Wirtschaft diversifizieren, um die Einnahmequellen und Beschäftigungsmöglichkeiten breiter aufzustellen. Das Wachstum des BIP 2021 nach der durch die COVID-19-Pandemie induzierten Rezession 2020 war vor allem auf die starke Erholung des Kohlenwasserstoffsektors zurückzuführen, welche der Wirtschaft maßgeblich wieder auf die Füße half. 2022 profitierte Algerien von dem Anstieg der Weltmarktpreise für Kohlenwasserstoff. Die Inflation erreichte jedoch 9,3 Prozent im Jahr 2022, angetrieben durch die Inflation bei Lebensmittelpreisen.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,745 auf dem Human Development Index (HDI) rangiert Algerien 2022 auf Platz 93 von 193 Staaten und zählt damit zur Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In Relation zu seinen Nachbarländern schneidet Algerien auf dem HDI sehr gut ab: Während Tunesien (Platz 101) und Libyen (Platz 92) dem Index zufolge ebenfalls über eine „hohe menschliche Entwicklung“ verfügen, weisen Marokko (Platz 120) eine „mittlere“ und Mauretanien (Platz 164), Mali (Platz 188) und Niger (Platz 189) eine „niedrige menschliche Entwicklung“ auf. Zum Vergleich: Deutschland rangiert 2022 auf Platz 7. Laut dem Gender Development Index gehört Algerien im Jahr 2021 mit einem Wert von 0,881 zur Gruppe der Länder mit „niedriger“ Geschlechtergleichheit hinsichtlich der Errungenschaften auf dem HDI. Damit schneidet es ähnlich ab, wie seine Nachbarn Mauretanien, Marokko, Mali und Niger. Dies spiegelt auch Ergebnisse des [Sustainable Development Report](#) wider, demzufolge Algerien hinsichtlich Sustainable Development Goal (SDG) 5 („gender

equality“) vor erheblichen Herausforderungen bei gleichzeitig stagnierendem Trend steht. Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug 2021 0,1 Prozent, was einen niedrigen Prozentanteil darstellt.

Die soziale Lage vieler Algerier:innen bleibt jedoch problematisch. So ist die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, hoch. Im Jahr 2023 lag die Arbeitslosigkeit nach Schätzungen der ILO bei 11,8 Prozent. Im selben Jahr lag die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 30,8 Prozent. Dem Sustainable Development Report zufolge steht Algerien u. a. in Hinblick auf SDG 8 („decent work and economic growth“) vor erheblichen Herausforderungen mit einem stagnierenden Trend. Am schlechtesten ist es hierbei um den Indikator „unemployment rate“ bestellt, wo sich der Score gegenwärtig sogar noch verschlechtert. 2011 lebten 0,5 Prozent der Algerier:innen mit maximal 2,15 US-Dollar am Tag in extremer Armut; neuere Daten liegen nicht vor. Algerien weist eine sehr junge Bevölkerung und ein hohes Bevölkerungswachstum von 1,6 Prozent (2023) auf. Auf dem Gini-Index, der die Ungleichheit in einem Land misst, erzielte Algerien im Jahr 2011 einen Gini-Koeffizienten von 27,6, auch hier liegt kein neuerer Wert vor. Grundsätzlich ist ein derartiger Gini-Koeffizient als nicht besonders hoch einzuordnen.

Die Bildungsausgaben Algeriens betragen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 6,9 Prozent am BIP. Mit Ausnahme des Jahres 2020, wo sie bei 7 Prozent am BIP lagen, sind sie seit ihrem letzten Höhepunkt im Jahr 2015 (8 Prozent am BIP) auf zuletzt 6,3 Prozent im Jahr 2021 konstant gesunken. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass Algerien hinsichtlich der Erreichung von SDG 4 („quality education“) ebenfalls vor erheblichen Herausforderungen steht. Auch die Gesundheitsausgaben erreichten im letzten Jahrzehnt 2015 ihren Höhepunkt mit 7 Prozent am BIP; seither sind sie auf zuletzt 6,3 Prozent gesunken. Auch im Hinblick SDG 3 („good health and well-being“) bestehen noch signifikante Herausforderungen. In Relation dazu betragen die Militärausgaben in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 5,8 Prozent am BIP, was ein sehr hoher Anteil ist. Nachdem sie 2020 mit 6,7 Prozent sogar deutlich über dem nationalen Durchschnitt lagen, betrug der Anteil am BIP 2022 zwar nur noch 4,8 Prozent; derartig hohe Militärausgaben sind ob der gravierenden Probleme, wie bspw. der hohen Arbeitslosigkeit im Land und der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher kritisch zu hinterfragen, denn weitere Steigerungen des Militärhaushaltes bzw. größere Rüstungsimporte können die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) von 2024, welcher misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist, rangiert Algerien auf Platz 14 von 149 Staaten – es ist folglich „sehr stark“ militarisiert und gegenwärtig das am stärksten militarisierte Land Afrikas. Grundsätzlich sind Rüstungsexporte nach Algerien auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes, also der Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten, zwar eher nicht als „kritisch“ einzuschätzen; sie sind es jedoch in Hinblick auf andere Kriterien (2, 3 und 7).

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft